

## Jahrgang 68, 2019, Heft 4 – Inhalt

<b>EDITORIAL</b> .....	455
<b>ONLINE-ARCHIV</b>	
Thema: Internationales .....	458
<b>MEINUNG</b>	
<i>Roland Sturm</i>	
Wieviel einheitliche Gesetzgebung braucht und verträgt ein föderaler Staat? .....	459
<b>AKTUELLE ANALYSE</b>	
<i>Gudrun Quenzel, Mathias Albert, Ulrich Schneekloth</i>	
Jugend 2019: Politik, Klimawandel und die Sorge um die Zukunft Aus der neuen Shell Jugendstudie .....	463
<b>KOLUMNE</b>	
<i>Reinhard Loske</i>	
Klimapolitik: Diesmal wirklich am Scheideweg? Ein Blick zurück nach vorn .....	469
<b>AUFSÄTZE</b>	
<i>Henrik Uterwedde</i>	
Macron und die französische Demokratie .....	479
<i>Andreas Heinemann-Grüder</i>	
Russische Außen- und Sicherheitspolitik .....	491
<i>Roland Sturm</i>	
Industriepolitik als (neue) Strategie der Wirtschaftspolitik? .....	503
<i>Thorsten Winkelmann, Christina Götz</i>	
Islamismus in Deutschland: Gefährdungspotenziale, Ideologie, Erscheinungsformen .....	511
<i>Helmut Däubler</i>	
In Zeiten digitaler Meldeplattformen – Der Angriff auf demokratische (politische) Bildung und liberales Schulsystem ....	523

**KONTROVERS DOKUMENTIERT**

*Edmund Budrich*

Der Streit um das Tempolimit ..... 535

**RECHTSPRECHUNG KOMMENTIERT**

*Heiner Adamski*

Hohe Renditen durch hohe Mieten?

Verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer Mietpreisbremse ..... 543

**POLITISCHE DIDAKTIK**

*Farina Nagel*

Wie denken Jugendliche über die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland?

Vier Typen politischer Werthaltungen zum Thema Flucht und Asyl ..... 553

**DAS BESONDERE BUCH**

*Stefan Hradil*

Der Rechtspopulismus: Die große Hoffnung des 21. Jahrhunderts?

Über Cornelia Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter ..... 565

**REZENSIONEN**

*Moritz Peter Haarmann*

Autorengruppe sozioökonomische Bildung (2019): Was ist gute ökonomische Bildung? Leitfaden für den sozioökonomischen Unterricht ..... 573

*Sibylle Reinhardt*

Thomas Beier: Erziehung zur politischen Mündigkeit? Studien zur

Kompetenzorientierung in der schulischen politischen Bildung ..... 574

**AUTORINNEN UND AUTOREN** ..... 575

# Jugend 2019: Politik, Klimawandel und die Sorge um die Zukunft

*Gudrun Quenzel, Mathias Albert, Ulrich Schneekloth*

## 1. Einleitung

Wie junge Menschen über Politik denken und welche Einstellungen sie zu Demokratie haben, war bereits in den ersten Shell Jugendstudien in den 1950er Jahren ein zentrales Thema. Krieg und Diktatur lagen in Deutschland erst wenige Jahre zurück und die Frage, ob man mit jungen Menschen, die mehrheitlich in antidemokratischen Strukturen aufgewachsen waren, eine tragfähige demokratische Gesellschaft aufbauen kann, zog sich durch die ersten Studien. Die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen bekannte sich damals klar zur Demokratie (Deutsche Shell 1954; 1955). Auch in den folgenden Studien waren das Verhältnis von Jugendlichen zur Demokratie, ihr politisches Interesse und ihre politischen Forderungen stets wichtige Themen. Die Auseinandersetzung mit den autoritären gesellschaftlichen Strukturen in den 1960er und 1970er Jahren wurden ebenso nachgezeichnet wie die Ängste vor Krieg, Atomkraft und dem Waldsterben in den 1980er Jahren (Jugendwerk der dt. Shell 1967; 1985). Seit den 1980er Jahren wurden in den Shell Jugendstudien ein geringer werdendes politische

Interesse und ein Rückgang an Auseinandersetzung mit politischen Themen beobachtet. Die wirtschaftliche Situation und die Unsicherheit, ob man es als junger Mensch schaffen wird, einen sicheren und attraktiven Arbeitsplatz zu bekommen, wurden ebenso wie das gute Verhältnis der meisten Jugendlichen zu ihren Eltern zu wichtigen Themen.

In der aktuellen Shell Jugendstudie 2019 treten erneut politische Themen in den Vordergrund. Die Sorge um den Klimawandel und die Umweltverschmutzung sind hoch. Festzustellen ist aber bei einem Teil der Jugendlichen auch eine nicht unerhebliche Neigung, populistischen Aussagen zuzustimmen.

## 2. Interesse an Politik bleibt – Bedeutung von Engagement steigt

Das politische Interesse wird in den Shell Jugendstudien traditionell mit der Frage „Interessierst du dich ganz allgemein für Politik? Würdest du sagen, du bist stark interessiert, interessiert, wenig inte-



**Prof. Dr. Gudrun Quenzel**  
Pädagogische Hochschule Vorarlberg

**Prof. Dr. Mathias Albert**  
Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie

**Ulrich Schneekloth**  
Kantar Public

# Klimapolitik: Diesmal wirklich am Scheideweg?

Ein Blick zurück nach vorn

*Reinhard Loske*

„There is no Planet B“. Mit diesem Slogan macht seit gut einem Jahr die weltweit aktive „Fridays for Future“-Bewegung um die schwedische Schülerin Greta Thunberg auf die Dramatik der globalen Erderwärmung aufmerksam. Sieht man einmal von Rechtspopulisten und Autokraten ab, reagiert die Politik in vielen Ländern überwiegend wohlwollend auf diesen jugendlichen Sturm und Drang, dem sich von „Scientists for Future“ über „Parents for Future“ bis „Entrepreneurs for Future“ mittlerweile viele angeschlossen haben. Sie sei froh, gab erst kürzlich die Bundeskanzlerin und Physikerin Angela Merkel zu Protokoll, dass sich die Klimabewegung hinter der Fahne der Wissenschaft versammle.

Gerade weil sie das tun, lassen sich die Aktivistinnen und Aktivisten aber nicht mehr durch hehre Worte einullen, sondern verlangen eine konkrete Politik, die auf Augenhöhe mit der Größe der Herausforderung agiert. Die Bundeskanzlerin und ihr Klimakabinett durften die unbestechliche

Konsequenz der Klimabewegung just an dem Tag kennenlernen, an dem mit großen Worten das sogenannte Klimapaket vorgelegt wurde, am 20. September 2019. Dieses Paket, so das fast einhellige Urteil von Klimaforschung und Klimabewegung, sei in keiner Weise geeignet, den menschengemachten Klimawandel in tolerablen Grenzen zu halten. Es sei im Gegenteil ein Dokument der Verzagtheit, der Halbherzigkeit und der Konfliktscheu.

Es darf bezweifelt werden, dass die Bundesregierung und die Regierungen anderer Staaten mit einer Mischung aus großen Worten und kleinen Taten, aus Pathos und technokratischer Kleinteiligkeit bei ihren jüngeren Bürgerinnen und Bürgern durchkommen. Wer verstehen will, warum das ängstliche Festhalten an einer nur leicht modifizierten Strategie des „Weiter wie bisher“ definitiv nicht zu einer Einhegung der Klimakrise führt, sollte sich dabei die vergangenen drei, besser fünf Dekaden anschauen. Bevor in diesem Beitrag der Blick nach vorn gerichtet wird, soll daher der Blick zu-



## **Reinhard Loske**

ist Präsident der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues und dort auch Professor für Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung. Er hat sich seit Ende der 80er Jahre als Wissenschaftler, Politikberater, Bundestagsabgeordneter und bremischer Senator intensiv mit Fragen der Klimapolitik befasst.

# Macron und die französische Demokratie

*Henrik Uterwedde*

## Zusammenfassung

Der folgende Beitrag stellt das Amtsverständnis und den Regierungsstil Emmanuel Macrons in den Mittelpunkt. Dazu wird zunächst die Funktionsweise des französischen politischen Systems als „Mehrheitsdemokratie“ dargestellt, die gewissermaßen den Rahmen für das politische Handeln des Präsidenten und seiner Regierung bildet (1.). Anschließend geht es darum, wie Emmanuel Macron sich in diesem System bewegt und ob er gegenüber seinen Vorgängern neue Akzente in seinem Amtsverständnis und seiner Amtsausübung gesetzt hat (2.). Vor diesem Hintergrund sollen dann die politischen Reaktionen auf Macrons Politik beleuchtet werden, die sich in einer Reihe von Protestbewegungen und Massenmobilisierungen niedergeschlagen haben.

Seit zweieinhalb Jahren ist Emmanuel Macron nun im Amt. Der großen Erleichterung im Mai 2017, dass ein europafreundlicher Kandidat der Mitte und nicht die Rechtsextreme Marine Le Pen das Rennen gemacht hatte, folgte zunächst ein anerkennendes Staunen über den energischen Reformkurs Macrons und über seine ehrgeizigen Pläne für Europa. Inzwischen ist viel Wasser die Seine heruntergeflossen, und Ernüchterung hat sich breit gemacht in Frankreich, aber auch bei den europäischen Nachbarn. Woran liegt dies? Zwar hat der Präsident, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, ernst gemacht mit seinen Reformversprechen und allein im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik in nur zwei Jahren sieben grundlegende Strukturreformen verwirklicht; die achte – Reform der Altersversorgung – ist für 2020 vorgesehen. Macron hat dabei ein



**Prof. Dr. Henrik Uterwedde**  
Deutsch-Französisches Institut

rasantes Tempo vorgelegt und sich dabei gegen manche politischen und vor allem sozialen Widerstände durchsetzen können. Das ist eine bemerkenswerte Zwischenbilanz nach der Hälfte seiner Amtszeit.<sup>1</sup>

Wenn Macron sich dennoch einem erheblichen Gegenwind ausgesetzt sah, der in den Massenprotesten der „Gelben Westen“ kulminierte und Macron an den Rand einer Regierungskrise brachte, dann liegt das nicht nur an der Tatsache, dass seine Politik an zahlreiche Besitzstände rührte, was naturgemäß Widerstand bei betroffenen Gruppen hervorrief, oder dass ihre fehlende soziale Balance kritisiert wurde, die in dem Slogan „Präsident der Reichen“ ihren Ausdruck fand. Die Schärfe des Widerstands hat sich auch und vor allem an Macrons als autoritär und bürgerfern kritisierten Regierungsstil entzündet.

Der folgende Beitrag stellt das Amtsverständnis und den Regierungsstil Emmanuel Macrons in den Mittelpunkt. Dazu wird zunächst die Funktionsweise des französischen politischen Systems als „Mehrheitsdemokratie“ dargestellt, die gewissermaßen den Rahmen für das politische Handeln des Präsidenten und seiner Regierung bildet (1.). Anschließend geht es darum, wie Emmanuel Macron sich in diesem System bewegt und ob er gegenüber seinen Vorgängern neue Akzente in seinem Amtsverständnis und seiner Amtsausübung gesetzt hat (2.). Vor diesem Hintergrund sollen dann die politischen Reaktionen auf Macrons Politik beleuchtet werden, die sich in einer Reihe von Protestbewegungen und Massenmobilisierungen niedergeschlagen haben. Vor allem die Gelben Westen haben die Kehrseiten der „Macron-Methode“ grundlegend in Frage gestellt und den Präsidenten in eine schwere politische Krise getrieben (3.). Macron ist es – vorläufig? - gelungen, diese Krise zu überwinden, vor allem durch eine beispiellose, breit angelegte Bürgerbefragung im Frühjahr 2019 (Grand débat national), die ein großer Erfolg war (4.). Es bleibt abzuwarten, ob damit eine Hinwendung zu einer stärkeren partizipativen Demokratie erfolgen kann (5.).

## 1. Frankreich – eine Mehrheitsdemokratie

Der Regierungsstil wird wesentlich von der Funktionsweise des politischen Systems beeinflusst, weil damit der Rahmen des politischen Handelns vorgegeben wird. Hier gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den nationalen Demokratien. So ist in Deutschland eine Vielzahl von Akteuren an politischen Entscheidungen beteiligt: Regierung, Parteien, Koalitionspartner, Bund und Länder, Bundestag und Bundesrat, Verbände, Sozialpartner, unabhängige Institutionen. In der Regel kann kein Akteur den anderen eine Lösung aufzwingen. Politische Entscheidungen erfordern damit zwingend Verhandlungen zwischen den Akteuren, um Kompromisse zu erarbeiten, die eine politische Mehrheit finden. Damit ist Deutschland ein gutes Beispiel für einen Typus, den die vergleichende Politikwissenschaft Konsens- oder Verhandlungsdemokratie nennt.<sup>2</sup>

Dagegen steht Frankreich für den Typus der Mehrheitsdemokratie. Auch in Frankreich gibt es viele Akteure, aber es bestehen deutliche Hierarchien und – aufgrund des Wahlrechts – zumeist klare Mehrheitsverhältnisse.<sup>3</sup> So kann der Präsident,

# Russische Außen- und Sicherheitspolitik

*Andreas Heinemann-Grüder*

## Zusammenfassung

Die russische Außenpolitik widerspiegelt die autoritäre Regression im Innern. Eine Wertegemeinschaft ist mit dem Westen gegenwärtig nicht möglich, die Beziehungen zwischen der EU und Russland sind seit der Ukraine-Krise auf einem Tiefpunkt. Das Verhältnis zwischen Russland und den USA ist geprägt durch die nie vollständig überwundene Erbschaft des Kalten Krieges, die militärische Großmacht Konkurrenz, den Wettbewerb um regionale Einflussphären, konträre politische Leitbilder und eine sich wechselseitig verstärkende Missachtung des Völkerrechts. Russlands Außenpolitik zielt auf Wiederherstellung des Großmachtstatus der ehemaligen Sowjetunion, auf Verhinderung von demokratischen Regimewechseln und Ausnutzung der Spaltungen im westlichen Lager. Russland sucht den Schulterchluss mit China, ist allerdings in der Rolle eines Juniorpartners.

Die Ansichten zu Russland spalten die Medien, die Öffentlichkeit, die politischen Parteien und die Experten. Für die einen ist Russland ein Mysterium, voller unvorhergesehener Volten. Für die anderen scheint die Erklärung einfach – es geht der russischen Regierung und der Bevölkerung darum, ein Bedürfnis nach Status, Größe, Anerkennung und Einfluss zu befriedigen. Wiederum andere meinen, für Russlands Verhalten seien der Autoritarismus unter Präsident Putin und die nationalistische Stimmung in der Bevölkerung verantwortlich. Die unterschiedlichen Wertungen verdeutlichen die Irritationen darüber, welche Faktoren die russische Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen. Die Aussagen russischer Politiker zu ihren Absichten sind häufig



**apl. Prof. Dr. Andreas Heinemann-Grüder**

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn und ist Senior Researcher am Bonn International Centre for Conversion

ebenfalls verwirrend. Präsident Putin beruft sich einerseits auf jene Normen und Werte, die auch der Westen hoch hält – das Völkerrecht, das Primat der Vereinten Nationen, den Freihandel und die nötige Einigkeit im Kampf gegen den Terrorismus. Andererseits sieht er durch völkerrechtswidrige Interventionen des Westens (Kosovo, Irak) und gewaltsame Regimewechsel (v.a. Libyen) gerechtfertigt, dass Russland selbst die Sprache der Gewalt spricht. In den offiziellen Rechtfertigungen russischer Außen- und Sicherheitspolitik mischen sich Verschwörungstheorien, Anti-Amerikanismus, eine bisweilen pauschale Ablehnung des Westens, Ethnonationalismus, die Anbetung staatlicher Macht und Elemente der Slawophilie sowie des „Eurasismus“. Doch welche Beweggründe sind originär, welche nur Propaganda? Welche Interessen verfolgt Russland gegenüber dem postsowjetischen Raum, gegenüber „dem Westen“ und im Nahen Osten?

## Neo-Realismus

Die dominante Interpretation russischer Außen- und Sicherheitspolitik entstammt dem Neo-Realismus. Demzufolge prägen Anarchie, Großmachtpolitik, abgrundtiefes Misstrauen, das Primat des Regimeüberlebens und strategische Interessen die internationalen Beziehungen. Staaten verfolgen egoistisch und rational ihre als national deklarierten Interessen. Der offensiven Lesart des Neo-Realismus zufolge strebt Russland nach Machtausdehnung, nach Ausweitung seiner Einflussphären, der Wiederherstellung vergangener Größe, es folgt einem imperialen Selbstbild und ist von daher auf Revision des postsowjetischen Machtverlustes aus. Der neo-realistischen Interpretation zufolge wird Russlands Politik durch seine imperiale Geschichte, die Geographie (größter Staat der Welt), seinen Status als Atommacht und als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates bestimmt. Durch seine Militärmacht, seine natürlichen Ressourcen, mediale Präsenz und als Nachfolgestaat der Sowjetunion nimmt Russland demnach eine vorherrschende Stellung im postsowjetischen Raum ein.

Folgt man dem offensiven Neo-Realismus, dann ist das militärische Verhalten Russlands in der Ukraine (seit 2014) und in Syrien (seit 2015) die Kulmination einer Rivalität, die sich aus dem wachsenden Widerstand gegen ein von den USA dominiertes System, aus der Integrationskonkurrenz zwischen der EU und Russland und aus dem Ende von Rüstungskontrolle aufbaute. Einig sind sich die offensiven Deutungen darin, dass Russland keine Status quo-Macht ist, sondern revisionistisch und nicht an möglichen Kooperationsgewinnen interessiert. Der Konflikt mit dem Westen besteht demzufolge nicht über Strategien und Mittel, sondern über unvereinbare Ziele. Putin nutzt das Fehlen einer schlagkräftigen EU-Außen- und Sicherheitspolitik aus, die Spaltungen zwischen der EU und den USA und die mangelnde Bereitschaft der NATO, Sicherheitszusagen jenseits eigener Mitglieder zu machen. Russland vertritt in der offensiven Deutung ein Interesse an regionaler Hegemonie, an Errichtung der Euro-Asiatischen Wirtschaftsunion gegen die EU und die NATO, an Machtprojektion im Nahen Osten und an einer Allianz autoritärer Staaten gegen einen prowestlichen Regimewechsel. Das Regime unter Präsident Putin betreibt imperiale Poli-



# Industriepolitik als (neue) Strategie der Wirtschaftspolitik?

*Roland Sturm*

## Zusammenfassung

Die Industriepolitik hat seit den 1970er Jahren schon mehrfach die politische Agenda in Deutschland bestimmt. Immer gab es Unterstützer und Gegner. Skeptiker trauen dem Staat nicht zu, wirtschaftliche Innovationen anzustoßen; Befürworter halten eine staatliche Hilfestellung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie für unabdingbar.

Im Februar 2019 hat Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier Leitlinien für eine nationale (und europäische) Industriestrategie 2030 veröffentlicht.<sup>1</sup> Der Anlass für entsprechende Überlegungen sind die Sorgen a) dass die deutsche Industrie aus eigener Kraft nicht fähig sein könnte, international wettbewerbsfähig zu bleiben; dass ihr b) nicht nur die Innovationskraft fehlt, sondern auch die nötige Größe, dass c) ihre bisherigen wirtschaftlichen Stärken (Maschinenbau und Chemie), die schon im 19. Jahrhundert entstanden, teilweise der Vergangenheit angehören und nicht durch neue wichtige wirtschaftliche Kompetenzen ergänzt wurden (insbesondere internetbasierte Industrien) und dass sie als Folge eigener Schwäche von ausländischen Konkurrenten kannibalisiert werden kann (Verkauf des Industrieroboterherstellers Kuka an eine chinesische Firma beispielsweise), samt des Verlustes strategisch wichtiger Patente. Diese Sorgen sind auf konkrete Unternehmen und weltwirtschaftliche sowie technologische Entwicklungen wie die Digitalisierung bezogen neu, nicht aber in ihren grundsätzlichen Dimensionen. Und von grundsätzlichen Überlegungen, aber auch wirtschaftspo-



**Prof. Dr. Roland Sturm**  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg  
Institut für Politische Wissenschaft

# Islamismus in Deutschland: Gefährdungspotenziale, Ideologie, Erscheinungsformen

*Thorsten Winkelmann, Christina Götz*

## Zusammenfassung

Der Beitrag arbeitet die ideologischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen islamistischen Spielarten heraus, deren gemeinsames Ziel die Schaffung eines Gottesstaates ist. Es folgt die Darstellung der Organisationsformen des islamistischen Extremismus, der so unterschiedliche Erscheinungsformen wie Vereine, Hinterhofmoscheen oder nur lose strukturierte Chatgruppen vereint. Die Ausführungen unterstreichen, dass es dem Islamismus vor allem in salafistischer Gestalt gelungen ist, in die jugendliche Subkultur einzuziehen. Welche allgemeinen Gefährdungspotenziale der Islamismus aufweist und welche Entwicklungen künftig zu erwarten sind, wird abschließend bilanziert.

## 1. Ideologie

Beim Islamismus handelt es sich keineswegs um eine kohärente ideologische Strömung, aus der sich gleiche Interessen, Methoden und Ziele ableiten lassen. Stattdessen existieren unterschiedliche und untereinander konkurrierende, zum Teil einander feindlich gesinnte Gruppierungen, die jeweils für sich den Anspruch erheben, den „wahren“ Islam zu vertreten. Dennoch teilen nahezu alle Islamisten folgende ideologisch-konzeptionelle Gemeinsamkeiten: Der Islam wird nicht nur ausschließlich als Glaubensangelegenheit im privaten Bereich angesehen, sondern mit genuin gesellschaftspolitischen Zielen verbunden, die – teilweise oder vollständig – mit den Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unvereinbar sind. So streben



**Dr. Thorsten Winkelmann**  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



**Christina Götz**  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Islamisten eine gottgewollte Ordnung an, bei der die Scharia, das aus dem Koran abgeleitete islamische Regelwerk, sämtliche religiösen, sozialen, rechtlichen und individuellen Fragen regelt und auf diese Weise das Zusammenleben innerhalb der muslimischen Gemeinschaft ordnet, was wiederum der im Grundgesetz verankerten Volkssouveränität, Gewaltenteilung oder der Trennung von Staat und Religion widerspricht. Das ausschließlich von Gott legitimierte politische System schafft die notwendigen Rahmenbedingungen, um seiner islamischen Gemeinde ein gottgefälliges Leben zu ermöglichen. In dieser Herrschaftsordnung steht die Souveränität Allahs unangefochten über Allen. Nur durch eine buchstabengetreue Befolgung des Korans und der in der Sunna festgelegten muslimischen Sitten- und Lebensregeln lasse sich Gottes Plan erfüllen. Diese sich gegen Säkularisierung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit richtenden Vorstellung propagiert die absolute Irrtumslosigkeit des Korans. Damit kann es weder eine religiös neutrale Gesellschaft noch eine friedliche Koexistenz mit „Ungläubigen“ geben.

Ein solcher politisch-religiöser Fundamentalismus verfolgt aufgrund seines exklusiven Wahrheitsanspruchs das Konzept der Einheit Allahs (*tauhid*), welche nach islamistischer Lesart nur dann garantiert sei, wenn der eine Gott Allah als Schöpfer und Souverän anerkannt wird. Von Menschen geschaffene Regeln und Gesetze negieren die im Koran vorliegende wortwörtliche Wiedergabe des Willens Allahs. Das Recht der freien Meinungsäußerung wird dabei von Islamisten genauso abgelehnt wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Das vom Verfassungsschutz beobachtete „Islamische Zentrum München“ führt hierzu aus, dass „Gott Mann und Frau bestimmte Rechte und Pflichten zugewiesen hat, die ihrer jeweiligen Natur gerecht werden. Wenn sie sich jedoch von ihrer Natur entfernen, kommt dies einer Gleichmachung nahe. Vor Gott sind beide gleich. Aber in ihrer Beziehung zueinander sind die jeweiligen Rechte des Einzelnen unterschiedlich, wie ja auch Mann und Frau von Natur aus unterschiedlich sind.“<sup>41</sup> Auf diese Weise wird im Islamismus ein patriarchalisches Weltbild legitimiert, das weder Platz für Gleichberechtigung noch für sexuelle Freizügigkeit lässt. Vielmehr sollen sich Frauen möglichst aus der Öffentlichkeit fernhalten, da sie mit ihrer fatalen Anziehungskraft nur Chaos anrichten würden. Andernfalls komme es quasi zwangsweise zu sexuellen Übergriffen wie beispielsweise in der Silvesternacht 2015 in Köln, worüber die unter deutschen Islamisten populäre Internetseite *MuslimStern* ausführt: „Einige Frauen sollten darüber nachdenken, ob es klug ist, leicht bekleidet und angetrunken, sich zwischen Horden von alkoholisierten Männern zu begeben. Generell trägt die Frau aufgrund ihrer Beschaffenheit eine Verantwortung, wenn sie sich aus dem Haus begibt. Man kann nicht vor einem Löwen eine nackte Antilope werfen und erwarten, dass bei dem Löwen sich nichts regt.“<sup>42</sup>

Die Einheit Allahs hat auch zur Folge, dass alle Menschen, die jemanden oder etwas anderes zusätzlich zu oder anstelle von Allah und den Propheten Mohammed verehren, aufgrund ihres Götzendienstes als zu bekämpfende Ungläubige (*kuffar*) gelten. Gläubige und Ungläubige stehen sich dabei unversöhnlich gegenüber. Dieses dualistische Weltbild schafft nicht nur ein scharf konturiertes Freund-Feind-Denken, sondern liefert unter Rückgriff auf Sure 47.4 („wenn ihr jedoch sie trifft, die ungläu-

# In Zeiten digitaler Meldeplattformen – Der Angriff auf demokratische (politische) Bildung und liberales Schulsystem

*Helmut Däuble*

## **Zusammenfassung**

Der Aufsatz vertritt die These, dass es sich bei der Einrichtung von sogenannten digitalen Meldeplattformen durch die AfD in einigen Bundesländern um einen Generalangriff auf unser liberales Schulsystem und gegen eine politische Bildung richtet, dem sich demokratiegesonnene Pädagogen massiv widersetzen sollten. Der Beitrag zeigt, wie der Beutelsbacher Konsens instrumentalisiert wird und welche Auswirkungen die Einrichtung solcher Meldeportale auf Bildungssystem, Schulen und Lehrerschaft hat. Schließlich werden noch Überlegungen zum (schulpraktischen) Umgang mit solchen Internetportalen angestellt.

Die AfD hat seit September 2018 in verschiedenen Bundesländern digitale Plattformen eingerichtet, auf denen Lehrer/innen gemeldet werden sollen, die in der Schule vermeintliche Indoktrination gegen diese Partei betreiben. Der zentrale Vorwurf lautet, dass Lehrer/innen, die sich AfD-kritisch äußern, damit ihre Neutralitätspflicht als Beamte bzw. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes verletzen würden. Nicht ohne Grund nennen die jeweiligen AfD-Fraktionen, die solche Meldeportale eingerichtet haben, diese „Informationsportal Neutrale Schulen“, wie etwa in Hamburg, oder „Aktion neutrale Lehrer“, wie in Niedersachsen.

Wie sollen Lehrer/innen, wie können Schulen nun auf eine solche Situation reagieren?

Um diese Frage zu beantworten, möchte ich zunächst eine These aufstellen, die es



**Dr. Helmut Däuble**

Akademischer Oberrat an der PH Ludwigsburg,  
lehrt Politikwissenschaft und ihre Didaktik

im Verlauf dieses Beitrags zu begründen und zu erläutern gilt: Bei dem, was wir gerade in Deutschland erleben, insbesondere in der Schul- und Bildungspolitik, handelt es sich um einen Generalangriff auf unser demokratisches und liberales Schulsystem und gegen eine demokratische politische Bildung, dem wir uns alle, insbesondere wir als demokratiegesonnene Pädagogen massiv widersetzen sollten.

Es gilt sich klarzumachen, dass es sich bei diesen digitalen Portalen nicht um einen „Ausrutscher“ handelt. Die AfD hat hier nicht „gutgemeint“ die in der Tat existierende Neutralitätspflicht missverstanden, sondern sie will diesen Begriff neu interpretieren und als Kampfbegriff gegen das existierende demokratische Bildungssystem verwenden. Der Schlüsselbegriff der Neutralität, der uns auch in der didaktischen Debatte regelmäßig begegnet, wird von der AfD auf eine solche Weise umdefiniert, dass es ihren Zwecken dient. Man könnte auch sagen: Der Begriff wird systematisch missbraucht.

## 1. Die Instrumentalisierung der Neutralitätspflicht und des Beutelsbacher Konsenses

Möchte man die Debatte um den Begriff der „Neutralität“ im schulischen Kontext besser verstehen, kommt man nicht um den sogenannten Beutelsbacher Konsens herum. Es handelt sich dabei um einen professionsbezogenen Grund- bzw. Minimalkonsens, der einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung im württembergischen Beutelsbach im Jahre 1976 entsprang. Diese grundlegende Übereinkunft professioneller politischer Bildung enthält drei Prinzipien: die Schülerorientierung, das Kontroversgebot, und das (wohl zentrale) Indoktrinationsverbot. Letzteres besagt, dass es nicht statthaft ist, „den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – zu überrumpeln und damit an der ‚Gewinnung eines selbständigen Urteils‘ zu hindern“ (Wehling 1977, 179).

Die Neutralitätspflicht bzw. das Neutralitätsgebot, wie es im didaktischen Diskurs häufiger heißt, lässt sich direkt aus dieser, auch Überwältigungsverbot genannten Prämisse ableiten. Lehrer/innen dürfen sich demnach in der Tat nicht anmaßen, parteiische Schiedsrichter zu sein und/oder parteipolitische Werbung zu betreiben.

Der Beutelsbacher Konsens ist nun sowohl für die AfD als auch für die Kritiker derartiger Online-Beschuldigungsportale zum zentralen argumentativen Bezugspunkt geworden: So argumentiert die AfD mit angeblichen Verstößen gegen das Neutralitätsgebot und das Indoktrinationsverbot und wertet diese als Zuwiderhandlung gegen besagten Konsens. Wiebke Muhsal, die bildungspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion in Thüringen, äußert sich exemplarisch dazu wie folgt: „Immer wieder erreichen uns Hinweise von Schülern und Lehrern, dass durch einzelne Lehrer oder schulische Veranstaltungen politische Einflussnahmen erfolgen. Solche Vorgänge verstoßen gegen die Neutralitätspflicht der Schule, die eine ausdrückliche rechtliche Verpflichtung ist.“<sup>41</sup>

Was sich zunächst einleuchtend und demokratiebesorgt anhört, bedarf eines genaueren Blickes: Ist dem nun so, dass „politische Einflussnahmen“, wie Muhsal behauptet, gegen die Neutralitätspflicht verstoßen?

In der Fachdidaktik gibt es bezüglich der Frage, ob das Neutralitätsgebot bedeutet, dass Lehrende in der Schule mit ihrer persönlichen Meinung – und damit der

## Der Streit um das Tempolimit

*Edmund Budrich*

Am 12. Dezember 2015 wurde das Klimaschutzübereinkommen auf der UN-Klimakonferenz in Paris verabschiedet. Es sieht die Begrenzung der menschengemachten globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 °C gegenüber vorindustriellen Werten vor. Die Verpflichtungen, die sich daraus für die Bundesrepublik Deutschland ergaben, führten zum Klimaschutzprogramm 2030 (<http://tinyurl.com/y5tx7w75>), das Ende September von der Bundesregierung vorgelegt wurde.

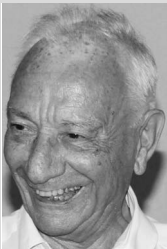
In Konsequenz dieses Programms und aufgrund des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode wurde im September 2018 die Nationale Plattform Zukunft der Mobilität (NPM) durch Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer ins Bundeskabinett eingebracht und dort beschlossen.

### **Arbeitsgruppe Klimaschutz im Verkehr**

Im Januar 2019 wurde bekannt, dass die Arbeitsgruppe 1 dieser Plattform (Klimaschutz im Verkehr) unter anderem über ein Tempolimit auf den deutschen Autobahnen nachdachte. Das führte zu einer heftigen Diskussion.

### **Spontanreaktionen Politik**

Umgehend beteuerte Regierungssprecher Steffen Seibert, die Regierung plane kein allgemeines Tempolimit auf deutschen Autobahnen. Es gebe zudem „intelligente Steuerungsmöglichkeiten“ für mehr Klimaschutz im Verkehr als ein allgemeines Tem-



**Edmund Budrich**  
Mitherausgeber und Redakteur von GWP

# Hohe Renditen durch hohe Mieten?

## Verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer Mietpreisbremse

Heiner Adamski

### I. Von der Wohnungsnot zum Wohnungsproblem

Deutschland war 1945 ein zerstörtes Land. Das war eins der Ergebnisse der zwölfjährigen Nazi-Herrschaft und der sechs Kriegsjahre des von Nationalsozialisten verursachten Zweiten Weltkriegs. Die alliierten Kriegsgegner hatten mit vielen tausend Luftangriffen reagiert - danach waren in den meisten deutschen Städten die Wohngebiete Trümmerlandschaften und Steinwüsten. Besonders betroffen waren sog. Arbeitergegenden. In Studien zu den Kriegsschäden wird dargestellt, dass etwa fünf Millionen Wohnungen zerstört oder beschädigt und 13 Millionen Menschen obdachlos waren; sie waren „ausgebombt“ und haben in den zerstörten Städten und städtischen Randgebieten oder in ländlichen Gegenden in schwierigen Verhältnissen überlebt.<sup>1</sup> Der Politikwissenschaftler Klaus von Beyme hat zu den Zerstörungen geschrieben: Hätte der Putsch vom 20. Juli 1944 Erfolg gehabt und zu einem Friedensschluss geführt, wären Deutschlands Städten 72 Prozent aller Bomben, die bis 1945 fielen, erspart geblieben.<sup>2</sup> Die Wirklichkeit war anders. Die Nazi-Herrschaft endete erst 1945. Und Deutschland war ein zerstörtes Land. Allüberall herrschte Wohnungsnot. Diese Not wurde dann noch größer durch den Zustrom von zwölf bis 14 Millionen deutscher Flüchtlinge und der Vertriebenen aus ehemaligen deutschen Ostgebieten und aus östlichen und südöstlichen Teilen Europas. Auch diese Menschen brauchten Wohnungen.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 war der Wohnungsbau eine der vordringlichen Aufgaben. Es wurden Wohnungen und Wohnungen und



**Heiner Adamski**

Sozialwissenschaftler mit den Arbeitsschwerpunkten Bildung und Recht, Staatsformen und Rechtsbewusstsein in Deutschland

# Wie denken Jugendliche über die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland?

Vier Typen politischer Werthaltungen zum Thema Flucht und Asyl

*Farina Nagel*

## Zusammenfassung

Der Beitrag gibt Einblick in ein Teilergebnis meiner Dissertationsstudie „Wir und die ‚Flüchtlinge‘. Politische Werthaltungen von Jugendlichen zu Flucht und Asyl“ (Nagel 2018). Vorgestellt werden vier Typen politischer Werthaltungen von Jugendlichen der achten Jahrgangsstufe, die im Politikunterricht einen Text zu der Werturteilsfrage - Sollte Deutschland mehr oder weniger Asylsuchende aufnehmen? – formulierten.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage, wie sich die Jugendlichen positionieren und welche Werthaltungen sich dabei offenbaren, wurden Schüler\*innentexte mit der Dokumentarischen Methode rekonstruiert und sinngenetisch Typen identifiziert. Die Werthaltungen konnten auf vier Typen verdichtet werden: Typ A „Die Abwehrenden“, Typ B „Die Sachlichen“, Typ C „Die Pragmatischen“ und Typ D „Die Empathischen“. Schließlich sollen fachdidaktische Anschlussmöglichkeiten diskutiert werden.

## 1. Problemaufriss und Erkenntnisinteresse

Die Debatte um die Aufnahme von Asylsuchenden erhitzt die Gemüter. Nach wie vor scheiden sich an der Frage die Geister und eine Spaltung der Gesellschaft verläuft über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg (El-Mafaalani 2018). Im Alltag sind es vor allem mediale Berichterstattungen und politische Meinungen, die wahrgenommen werden. Doch was geht in den Köpfen der Schüler\*innen vor, die durch die Aufnahme von Geflüchteten teilweise sogar in direktem Kontakt zu diesen stehen, bspw.



**Dr. Farina Nagel**  
Projektmanagerin, Regionalverband Ruhr



durch die Installation sogenannter Willkommensklassen Erfahrungen mit dem Thema machen? Welche Positionierung haben sie zu dieser brisanten politischen Fragestellung? Um diesem Erkenntnisinteresse nachzuspüren, wurden von Ende 2015 bis Anfang 2016 Daten erhoben und analysiert. Zu dieser Zeit war der quantitative Anstieg von Geflüchteten, die Deutschland erreichten, besonders hoch, medial wurde sogar von sogenannten „Flüchtlingsströmen“<sup>1</sup> (Busse 2015) berichtet. Dieser Anstieg und seine mediale Rezeption lösten eine Diskussion um Asylgesetze, Integration und Ressentiments aus. Die zum Teil polarisierenden Haltungen finden sich auch bei der jüngeren Generation im schulischen Kontext. Befragt wurden Jugendliche von acht Klassen an Gymnasien, die einiges zu dem Thema zu sagen hatten.

## 2. Gegenstandsbeschreibung und Vorgehen

Bei der Konkretisierung des Untersuchungsgegenstandes – Politische Werthaltungen –, der sowohl fachdidaktische Relevanz aufweist als auch methodisch operationalisiert wurde, wurden theoretische Grundannahmen der angewendeten Methode sowie der Fachdidaktik reflektiert. Dadurch gewann die Fragestellung an Schärfe und die Ergebnisse ließen sich in den fachdidaktischen Diskurs einordnen. Im Folgenden werden die wichtigsten Eckpunkte zur Modellierung politischer Werthaltungen genannt.

Zentral für die Studie ist ein Politikbegriff, den Massing (2007) als „weit“ bezeichnet (ebd., 285). Dabei wird die Unterscheidung von der *Politik* und dem *Politischen* als relevant angenommen (Arendt 2005; Mouffe 2007). Oeftering (2013) wendet diese Annahme fachdidaktisch und stellt das *Politische* als den „Kern“ der politischen Bildung dar. Eine Grundannahme der vorliegenden Untersuchung war also, dass sich das Politische nicht in einem Politikbegriff, der sich auf staatliches Regierungshandeln beschränkt, erschöpft (*Politik*). Stattdessen wird ein Politikverständnis angenommen, das sich auch auf das Sprechen über politische Sachverhalte im weitesten Sinne bezieht (*Politisch*). Dieses Sprechen hängt mit den eigenen Erfahrungen zusammen und fokussiert nur indirekt das politische System. Das bedeutet, dass subjektive Zugänge zum Thema als politisch interpretiert werden und eine hohe Relevanz im politischen Bildungsprozess angenommen wird, bspw. in politischen Diskussionen.

Für den Untersuchungsgegenstand zentral ist diesen von Werturteilen und Einstellungen abzugrenzen und die Nähe zu Schüler\*innenvorstellungen aufzuweisen. Die politikwissenschaftlichen und -didaktischen Überlegungen zu Werturteilen sind vielfältig und haben eine lange Tradition. Ein Werturteil wird als wertende Stellungnahme gegenüber einem politischen Sachverhalt verstanden (Detjen et al. 2012: 35). Ein Urteilsbildungsprozess ist ein komplexer Vorgang, der für ein Forschungsvorhaben nicht einfach zu operationalisieren ist. Relevant für meine Studie ist ein subjektorientierter und erfahrungsbasierter Zugang, wie bspw. bei Petrik (2013) und Schelle (1995). Eine Werthaltung zu einem politischen Sachverhalt zu entwickeln und diese gegenüber anderen zu vertreten, kann als Voraussetzung und Ziel politischer Bildung angenommen werden.

# Der Rechtspopulismus: Die große Hoffnung des 21. Jahrhunderts?

*Stefan Hradil*

## Der Aufschwung rechtspopulistischer Parteien und Regierungen

Wenn es noch eines Belegs bedurft hätte, so zeigten die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen, dass sich populistische Rechtsparteien hierzulande weiterhin im Aufschwung befinden. Dies ist in Nachbarländern mittlerweile anders, beispielsweise in den Niederlanden und in Frankreich, wo der Rechtspopulismus abnimmt. In Deutschland jedoch wächst er nach wie vor. Damit nimmt die Verbreitung allzu einfacher Problemsichten und Lösungsvorhaben zu, die Bestrebungen zur Stärkung nationaler Eigenständigkeit werden wieder stärker, die Klagen über „abgehobene und dominierende“ Eliten mehren sich, das Vertrauen in Wissenschaften sinkt, ganz im Gegenteil zum Vertrauen in das „gesunde Empfinden des Volkes“.

Sollte es dazu kommen, dass populistische Rechtsparteien auch in Deutschland regieren oder andere Parteien in antizipierenden Abwehrstrategien Teile ihrer Programmatik übernehmen, so lassen sich die hieraus drohenden Entwicklungen schon heute in anderen Ländern erkennen: Nationalistische Sichtweisen werden diskutabel, genügend häufig „geteilte“ Behauptungen werden wirkungsmächtiger als bewiesene Fakten, internationale Konflikte mehren sich, grundlegende Voraussetzungen der Demokratie stehen zur Disposition, wie die Pressefreiheit, die Gewaltenteilung und damit der Rechtsstaat, etc.

Schon jetzt wird die Frage immer drängender, wie man in Parlamenten, in der Öffentlichkeit und im privaten Bereich auf den Aufschwung der populistischen Rech-



Prof. em. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil

CORNELIA KOPPETSCH  
**DIE GESELLSCHAFT  
DES ZORNS**  
RECHTSPOPULISMUS  
IM GLOBALEN ZEITALTER

Cornelia Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns.  
Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld. Transcript 2019

[transcript] .....